

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden  
Hauptredaktion: Nr. 10011  
Schriftleitung u. Hauptredaktion:  
Dresden - L. 1, Marienstraße 24/26

Druckverlag: Dresden  
Hauptredaktion: Nr. 10011  
Schriftleitung u. Hauptredaktion:  
Dresden - L. 1, Marienstraße 24/26

Druck u. Verlag: Leipzig & Weidach,  
Dresden, Weidach-Str. 10/12 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Weidach-Str. 10/12 Dresden)  
Schriftleitung u. Hauptredaktion:  
Dresden - L. 1, Marienstraße 24/26

## Das Kabinett Chauteemps gebildet

### Warum vertraulich?

Im Laufe dieser Woche ist der wichtigste Teil der parlamentarischen Arbeit an den Younggelehen erledigt worden durch die Beratung im vereinigten Haushalt- und Außen- auschuss des Reichstages. Die vorhergehende Debatte im Plenum war politisch allgemeiner Art, und ebenso wird es die abschließende zweite und dritte Lesung sein. Im Aus- schuss aber sind die Einzelheiten der verschiedenen Abkommen vorgenommen, erläutert, kritisiert und von allen Seiten be- leuchtet worden. Leider hat die deutsche Öffentlichkeit nur das weniger Wichtige und bereits Bekannte aus diesen Ver- handlungen erfahren. Bei allen entscheidenden Punkten (wie Sanktionen, Moratorium, Revision) wurde sofort die Ver- traulichkeit ausgeschrieben und „strengste Vertraulichkeit“ ge- boten. Die amtlich kritisierten Berichte über die Geheim- verhandlungen sind gleichfalls mit Stillschweigen über die Einzelheiten des Younggelehen versehen. Die Bedeutung für Deutschlands Verbleiben in den nächsten 10 Jahren am meisten interessieren müssen.

Warum diese Geheimnisthümer? Sie ist eines Volkes unwürdig, das — nach der Verfassung wenigstens — seine Geschicke selbst bestimmen soll. Sie könnte nur gerechtfertigt werden durch dringende außenpolitische Notwendigkeiten, wenn etwa die Erörterungen in den Ausschüssen im Reichs- tag Interesse vor dem Ausland geheimgehalten werden müßten. Aber die Gläubigermächte kennen ja diese Dinge bis in die kleinsten Einzelheiten, besser als wir, um deren Zukunft es geht. Mit ihnen ist jeder Paragraph und jede Klausel vereinbart und über die Auslegung verhandelt worden. Es gibt nichts, was ihnen verborgen bleiben könnte. Ganz natürlich mußte aus diesen Erwägungen der Verdacht ent- stehen, daß die Reichsregierung bei der Behandlung der wichtigsten Punkte des Youngplanes das Urteil der Öffent- lichkeit scheuen muß.

Verdacht wird dieser Verdacht durch den Umstand, daß die deutschen Sachverständigen auf der Reparationskonferenz — an ihrer Spitze Dr. Schacht — gesittlich von den Be- ratungen ferngehalten wurden. Trotz wiederholter Anträge ist den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit, authentische Aus- kunft von denen einzuholen, die besser als die Regierungs- vertreter über die Materie Bescheid wissen, verweigert wor- den. Natürlich nur deshalb, weil man weiß, wie Dr. Schacht über den Youngplan in seiner jetzigen Gestalt denkt, und weil man deshalb seine verantwortliche Stellungnahme verhindern will. Weil nicht Klarheit und Wahrheit, sondern Ver- schleiерung das Ziel dieser Beratungen ist.

Nun ist aber die Vertraulichkeit an verschiedenen Stellen geplatzt. Man kann es „grobe Falschheit“ nennen, wie Minister Dr. Wirth, oder „Hausfriedensbruch“, wie der demo- kratische Parteiführer Koch, oder nur „journalistische Ver- traulichkeit“, wie Graf Westarp. Tatsache bleibt jedenfalls, daß der Berichterstatter eines Oppositionsblattes die Klausur durch- brach und Stundenlang den Parlamentarismus in seinem tiefsten Realisierungsstadium beobachtet hat. Und die Art, wie Dr. Wirth dem deutschnationalen Abgeordneten von Freitagshagen Vor- würfe gegenüber seinem Temperament die Fingel schleichen ließ, weil er ihn fälschlich im Verdacht des Vertrauensbruchs hatte, ist vielleicht nur ein Ausbruch überaktiven Scham- gefühls. Aber die letzten Worte, mit denen Dr. Wirth das Wortgefecht abgeschlossen haben soll, sind doch bezeichnend für den Geist, in dem die Erlaubnisse im Reichstage be- handelt wird: „Den Freitagshagen kann ich nicht sehen; entweder macht er ein höfliches Gesicht, oder er zehrt mich durch den Kragen; ich möchte ihn wirklich über den Kopf hauen.“

Wer so schimpft, hat gewiß schon deshalb Unrecht. Denn die „Entfaltungen“ aus der vertraulichen Beratung werden nicht mit Großheften allein widerlegt. Eine etwas genauere und sachlichere Auskunft wäre erwünscht. Wie ist in Wirklichkeit der Disput über die Sanktions- frage ausgefallen? Es wird behauptet, daß die Regierung nichts anderes vorzubringen hatte, als ihre optimistische Juristenaussage, der bekanntlich eine ganz andere fran- zösische gegenübersteht. Eine diplomatische Klärung der These Tardieus, daß Frankreich „im extremen Fall“ das Rheintal und deutsche Oasen besetzen dürfe, wurde — aus guten Gründen — verweigert. In seiner Not soll sich Dr. Wirth hinter den Haager Gerichtshof zurückgezogen haben, der schlimmstenfalls schon ein Unrecht an Deutschland verhindern werde. Keine Sicherheit, sondern eine unbestimmte Hoffnung!

Nicht anders war den indiszierten Berichten zufolge das Ergebnis der Revisionsdebatte. Von der Ein- schaltung einer klaren und bestimmten Revisionsklausel hatten die wissenschaftlichen Sachverständigen ihre Theorie vom die Youngplan als dem kleineren Übel abhängig gemacht. Die Regierung konnte aber in dem ganzen Reizwerk der Ver- träge keine nachweisen, weil keine vorhanden ist. Die Minister „erhofften“ die Revision, wenn sie notwendig wird, von der „Einigkeit“ des beratenden Sonderausschusses bei der Tributant. Von den deutschnationalen Kritikern in die Enge getrieben, verweigerte dann Dr. Wirth weitere Aus- sätze (worauf der Vergleich mit dem Benehmen eines Primars gefallen sein soll), und Ministerialdirektor Dr. Waus fiel die unangenehme Aufgabe zu, die Auffassung der

### Die amtliche Ministerliste

Drachbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 21. Februar. Das neue Kabinett Chauteemps ist endgültig gebildet und hat sich um 7 Uhr im Elysée dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Die Ver- teilung ist folgende:

- Ministerpräsident und Inneres: Chauteemps (rad.-soz.).
- Justiz und Vizepräsident: Steeg (rad.-soz.).
- Außen: Briand (soz.-republ.).
- Finanzen: Dumont (rad.-soz.).
- Marine: Serrant (rad.-soz.).
- Krieg: Besnard (rad.-soz.).
- Essentielle Arbeiten: Daladier (rad.-soz.).
- Unterricht: Jean Durand (rad.-soz.).
- Handel: Bonnet (rad.-soz.).
- Kolonien: Ramoureux (rad. Linke).
- Landwirtschaft: Queuille (rad.-soz.).
- Arbeit: Loucheur (rad. Linke).
- Handelsmarine: Dancloux (rad. Linke).
- Pensionen: Gallet (rad.-soz.).
- Post: Laurent Bonae (rad. Linke).
- Gesundheit (neu!): Julien Durand (rad. Linke).
- Palmade (rad.-soz.).

Ebenso sind die bisherigen elf Unterstaatssekre- tariate beibehalten und fast ausnahmslos wie die Minister- posten mit Radikalen-Sozialisten besetzt.

Das neue Kabinett ist also ein ausgesprochen radikales Kabinett und bedeutet nichts anderes als die Wieder- aufkehrung des Linksartikels, denn nach der gestrigen erfolglosen Ablehnung Tardieus, sich zu beteiligen, und nachdem heute im Laufe des Tages drei Fraktionen der Mitte, auf deren Mitarbeit Chauteemps gehofft hatte, nämlich

Linksrepublikaner, also die Fraktion Tardieus, dann die demokratische Aktion, also die Fraktion Maginot, und endlich die soziale Linke, also die Fraktion Franklin-Bouillon, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Kabinett unterlag hatten, blieb Chauteemps, wenn er seinen Auftrag überhaupt durchführen wollte,

nichts anderes übrig, als ein ausgesprochenes Links-kabinett zusammenzustellen.

Die Ministerliste zeigt, daß außer der Partei der radikalen Sozialisten, die vorherrscht, nur die Fraktion Loucheur drei Ministerposten erhalten hat und die kleinen Mittel- parteien nur einige Unterstaatssekretärposten. Wenn man von Briand absteht, der längst als parteilos gelten kann und seit Jahren der einzige ruhende Punkt ist in der Flucht der Ernennungen, so sind nur drei Minister, nämlich Loucheur, Cunac und Gallet aus dem Ministerium Tardieus beibehalten worden. Die Stimmzahl, auf die dieses Kabinett in der Kammer sicher rechnen kann, beträgt ohne die Sozialisten nicht mehr als 200 bis höchstens 225 Stimmen, mit anderen Worten, da die Kammer 611 Abgeordnete zählt,

kann das Kabinett ohne die 100 Stimmen der Sozialisten überhaupt nicht einen Tag lang existieren.

Die große Anzahl der Senatoren, die dem Kabinett an- gehören, zeigt, daß Chauteemps dem Kabinett einen möglichst gemäßigten Charakter geben wollte. Das Kabinett wird zweifellos den von der überwältigenden Mehrheit der Kam- mer gebilligten außerparlamentarischen Kurs, wie ihn Briand verkörpert, beibehalten und sich innerpolitisch zu- nächst vor allem mit der Abwicklung des Budgets, für das ein eigenes neues Ministerium errichtet wurde, beschäftigen und durch weitgehende Steuererleichterungen die Sympathie der öffentlichen Meinung zu gewinnen suchen. Das neue Kabinett wird, wie man hört, sich am Dienstag mit seinem Programm dem Parlament vorstellen. Ein langes Leben kann man ihm keinesfalls voraussetzen.

## Rettenlockerung in Südtirol

### Erlaß aller politischen Polizeistrafen für Deutschsprachige - Ein Erfolg Schobers

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtmeld.) Mussolini hat für Südtirol eine allgemeine Amnestie für dort gegen Deutsch- sprachige ergriffene Polizeimaßnahmen verfügt. So wurde auch der Arzt Josef Kiener aus seiner Verbannung auf der Insel Ponza entlassen. Kiener war zu drei Jahren Zwangsarbeitslager wegen antisozialistischer Haltung verurteilt worden. Dr. Kiener war nach einem heute veröffentlichten Kommuniqué der römischen Regierung der einzige Deutschsprachige, der mit seiner Frau aus politischen Grün- den in die Verbannung geschickt worden war. Das Kom- muniqué unterstreicht, daß nunmehr kein Deutschsprachiger mehr in der Verbannung verweile. Die Amnestie trifft außer der Frau des befreiten Arztes noch sieben andere Deutsch- sprachige, die wegen ihrer politischen Haltung unter Polizei- aufschritt gestellt worden waren. Auch hier betont das Kom- muniqué, daß nunmehr kein Deutschsprachiger mehr aus poli- tischen Gründen unter Polizeimaßnahmen gestellt sei. — Man wird nicht sehnen, wenn man in diesem Gnadenenerlaß Mussolinis eine Auswirkung des Freundschaftsvertrages erblickt, den der österreichische Bundeskanzler Schöber mit Mussolini abgeschlossen hat.

### Abreise Dr. Schobers nach Berlin

Wien, 21. Februar. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schöber hat um 8.20 Uhr abends seine Reise nach Berlin angetreten. In seiner Begleitung befindet sich Generalsekretär Peter und Konsul Bischoff. Der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld hat auf Einladung des österreichischen Bundeskanzlers gleichfalls die Reise nach Berlin angetreten. Auf dem Bahnhof hatten sich eine Reihe Persönlichkeiten zur

Verabschiedung eingefunden, darunter einige Regierungs- mitglieder und der Präsident des Nationalrates Sauer. Der Verfassungsausschuss des Nationalrates hat das Haager Übereinkommen sowie die damit zusammen- hängenden Übereinkommen mit Belgien und Polen, ferner den Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichts- vertrag mit Italien genehmigt. Die Verträge werden in der Dienstausschussung des Nationalrates verhandelt werden.

### Brand in der Grazer Waggonfabrik

Graz, 21. Februar. In der Grazer Waggonfabrik, vor- mals Weiser, in Eggenberg bei Graz brach abends nach 7 Uhr Feuer aus. Durch das rasche Eingreifen der Feuer- wehr konnte der Brand auf die Waggon- und Montierungs- halle beschränkt werden. Der Brand entstand in einem Waggon beim Auflegen des Fußbodenbelags aus Pinoleum. Es wird dabei Benzin verwendet, das sich aus unbekannter Ursache entzündete. Die Vorkarbeiten waren durch die starke Rauchentwicklung und durch die Explosionsgefahr außer- ordentlich erschwert. Zwei Feuerwehrleute erlitten Rauch- vergiftung.

### Katehursi dem „Graf Zeppelin“ zur Verfügung

New York, 22. Februar. Entgegen Gerüchten, die wissen wollen, daß die amerikanische Regierung Bedenken gegen die Benutzung des Luftschiffes durch das deutsche Luftschiff- gebäude, erklärte der stellvertretende Marineminister Jahnke am Freitag amtlich, daß Katehursi dem „Graf Zeppelin“ auch für seine nächste Fahrt zur Verfügung stehe.

Opposition zu bestätigen mit der Feststellung, daß dieser Sonderauschuss sich nur mit der Anwendung des gegenwärtigen Planes zu beschäftigen habe, und daß Anwendung nicht mehr als Auslegung bedeute. Der Ansicht der Juristen im Hause und in der Regierung steht nur die abweichende Ansicht des Mathematikers Wirth gegen- über, wie ein deutschnationaler Redner, ohne Widerspruch zu finden, feststellen konnte. Auch in der Revisionsfrage bleibt es also bei der Hoffnung auf die Einigkeit der Gläubiger, soweit nicht die Möglichkeit einer Revision durch die Mobilisierung der ungeschätzten Tributanteile praktisch überhaupt ausgeschlossen wird.

Ebenso grausam wurden die Diskussionen über die Bedeu- tung der Moratoriumsklausel geführt. Sie be- wirkt, wie sich jetzt herausgestellt hat, fünfzigjährig Jahre lang gar keinen Zahlungsausschub, weil wir auch bei einem von uns erklärten Transferauschub so lange in Gold- markt, also den Devisen gleichwertig, aufbringen und zahlen

müssen. Und auch dann gilt der Zahlungsausschub nur für die Hälfte des nichtgeschätzten Teiles, also für ein Drittel der gesamten Tributsumme. Man braucht kein Finanzsch- verständiger zu sein, um einzusehen, daß damit das so- genannte Moratorium praktisch wertlos wird.

Diese erdrückenden Behauptungen über den wahren Charakter des Youngplanes und die Forderungen, die im E- strupp der Haager Verträge verborgen sind, werden nicht entkräftet, wenn sie die Regierung „zum Teil falsch und zum Teil entheilt“ nennt. Nachdem nun schon ein Stapel des Schiefers gelistet ist, haben wir ein Recht darauf, die ganze Wahrheit zu wissen. Was ist falsch und was ist entheilt? Welche Tatsachen sprechen gegen die Auffassung der Opposition in diesen einzelnen Punkten? Dazu muß in der nächsten Woche in aller Öffentlichkeit die ungeschminkte Wahrheit gesagt werden. Wir haben diese Geheimnisthümerei des schlechten Gewissens nun endlich satt. Wir wollen nicht mit verbundenen Augen ins Unglück rennen!